

INHALT

- | | |
|---|---|
| 31. Novelle zum Tiroler Flurverfassungslandesgesetz 1996 | 34. Finanzdaten der Gemeinden Tirols – Entwicklung 2011 bis 2013 |
| 32. Datenschutz – Zulässigkeit der Aufnahme von Verteilerlisten in öffentlichen Bekanntmachungen mündlicher Verhandlungen | 35. Abgabenertragsanteile der Gemeinden August 2014 |
| 33. Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2013 | 36. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis August 2014
<i>Verbraucherpreisindex für Juni 2014 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

31.

Novelle zum Tiroler Flurverfassungslandesgesetz 1996

Mit zwei Erkenntnissen vom 2. Oktober 2013 gab der Verfassungsgerichtshof Beschwerden der Gemeinden Pflach und Unterperfluss betreffend die dortigen Gemeindegutsagrargemeinschaften Recht und stellte fest, dass sowohl die Jagdpacht als auch der so genannte Überling – das ist der über den Haus- und Gutsbedarf hinausgehende Teil eines agrargemeinschaftlichen Anteilsrechtes – dem Substanzwert und damit den substanzberechtigten Gemeinden zuzuordnen ist. Anlässlich dieser Erkenntnisse fasste der Tiroler Landtag am 14. Mai 2014 einen Gesetzesbeschluss zur Novellierung des Tiroler Flurverfassungslandesgesetzes, welcher mit LGBl. Nr. 70/2014 kundgemacht wurde und mit 1. Juli 2014 in Kraft getreten ist.

Eckpunkte der Novelle sind die Umsetzung der Vorgaben des Höchstgerichtes und somit die Schaffung der Voraussetzungen eines starken Einflusses der Gemeinde auf die Substanzangelegenheiten, einschließlich des direkten Zugriffs auf die Substanzerlöse über ein separates Konto, Vereinfachungen in der Verwaltung sowie die Schaffung verschiedener Möglichkeiten einer geordneten, vermögensrechtlichen Auseinandersetzung zwischen der atypischen Gemeindegutsagrargemeinschaft und der substanzberechtigten Gemeinde.

Nach der gesetzlichen Konzeption bleibt die Agrargemeinschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts bestehen, Verträge, welche mit der Agrargemeinschaft abgeschlossen wurden, bleiben grundsätzlich weiterhin aufrecht.

Die bisherigen Aufgaben der Agrargemeinschaftsorgane werden jedoch zum überwiegenden Teil auf ein neues Organ, den Substanzverwalter, übertragen.

Im Folgenden werden die wesentlichen Inhalte der Novelle zum Tiroler Flurverfassungslandesgesetz 1996 (TFLG 1996) dargelegt:

Definition des der Gemeinde zustehenden Substanzwertes

Der Substanzwert von Grundstücken des atypischen Gemeindeguts ist jener Wert, der nach Abzug der Belastungen durch die land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte verbleibt. Er umfasst die Erträge aus der Nutzung der Substanz dieser Grundstücke, einschließlich der daraus erzielten Substanzerlöse, sowie auch die Ersatzanschaffungen und den über den Umfang des Haus- und Gutsbedarfes der Nutzungsberechtigten erwirtschafteten Überschuss aus der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung (Überling). Den Nutzungsberechtigten steht lediglich ein Sachbezug im Ausmaß ihrer Nutzungsrechte zu.

der Substanzverwalter

Wesentliches Element der Novelle in organisatorischer Hinsicht ist die Einrichtung eines neuen Organs der Agrargemeinschaft, nämlich eines durch den Gemeinderat der substanzberechtigten Gemeinde aus seiner Mitte zu bestellenden Substanzverwalters.

Der Substanzverwalter ist vom Gemeinderat unverzüglich nach dem Inkrafttreten der Novelle zu bestellen; bis zur Bestellung eines Substanzverwalters übt der Bürgermeister diese Funktion aus. Der Substanzverwalter wird für die Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates bestellt, seine Aufgabe kommt jener eines Geschäftsführers der Agrargemeinschaft nahe. Zum Substanzverwalter darf nicht bestellt werden, wer zum Obmann, Stellvertreter des Obmannes, Mitglied des Ausschusses oder Rechnungsprüfer gewählt oder bestellt ist. Dem Substanzverwalter kommt die Leitung der Agrargemeinschaft in allen wesentlichen Belangen zu, wobei er an den Willen des Gemeinderates der substanzberechtigten Gemeinde gebunden ist.

In den ausschließlichen Substanzangelegenheiten obliegt die Geschäftsführung – in Bindung an den Willen des Gemeinderates – allein dem Substanzverwalter. In diesen Angelegenheiten kommt ihm auch die alleinige Außenvertretungsbefugnis zu.

Beispiele für ausschließliche Substanzangelegenheiten sind die Veräußerung, Verpachtung und dauernde Belastung von Grundstücken oder die Disposition über die Jagdpacht hinsichtlich aller Grundstücke im Eigentum einer atypischen Gemeindegutsagrargemeinschaft.

In den gemischten Angelegenheiten, also in einzelnen Angelegenheiten, die sowohl den Substanzwert als auch die land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte betreffen, entscheidet weiterhin der Ausschuss bzw. die Vollversammlung, jedoch nur mit Zustimmung des Substanzverwalters, der auch hier die alleinige Außenvertretungsbefugnis innehat.

Zu den gemischten Angelegenheiten zählen etwa gemeinsame Wald- und Weidebewirtschaftungsmaßnahmen, die Beschlussfassung über die Erstellung des Waldwirtschaftsplanes oder die Bedarfsprüfung in Bezug auf die Nutzung der Holzbezugs- und Weiderechte zur Ermittlung des der substanzberechtigten Gemeinde zustehenden Überlings.

In Angelegenheiten, welche ausschließlich die land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte betreffen, entscheiden weiterhin Ausschuss bzw. Vollversammlung, dem Substanzverwalter kommt nur ein Anwesenheitsrecht in diesen Organen zu. Die Außenvertretungsbefugnis liegt beim Obmann.

Angelegenheiten, welche ausschließlich die land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte betreffen, sind beispielsweise die Meldung des aufzutreibenden Viehs oder die Beschlussfassung über ein Bewirtschaftungsübereinkommen.

weitere organisatorische Neuerungen

In Angelegenheiten, die sowohl den Substanzwert als auch die land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte betref-

fen (gemischte Angelegenheiten), kann auch der Substanzverwalter den Ausschuss oder die Vollversammlung einberufen und die Tagesordnung festsetzen. In diesem Fall obliegt ihm auch die Führung des Vorsitzes in der Sitzung. Der Obmann hat der substanzberechtigten Gemeinde und dem Substanzverwalter die Tagesordnung jeder von ihm einberufenen Sitzung nachweislich so rechtzeitig zu übermitteln, dass diese spätestens fünf Werktage vor einer Sitzung des Ausschusses oder spätestens eine Woche vor einer Sitzung der Vollversammlung im Gemeindeamt und beim Substanzverwalter einlangt. Für den Fall, dass der Substanzverwalter trotz ordnungsgemäßer Einladung nicht erscheint oder sich der Stimme enthält, hat der Obmann den betreffenden Beschluss unverzüglich der substanzberechtigten Gemeinde und dem Substanzverwalter nachweislich schriftlich mitzuteilen. Langt binnen einem Monat nach Einlangen dieser Mitteilung beim Gemeindeamt kein schriftlicher Widerspruch des Substanzverwalters gegen den Beschluss beim Obmann ein, so gilt der Beschluss als mit dessen Zustimmung zustande gekommen.

In den Angelegenheiten, welche ausschließlich die land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte betreffen, ist der Substanzverwalter, wie oben dargestellt, zu den Sitzungen der Organe einzuladen. Sein Nichterscheinen hindert jedoch nicht das ordnungsgemäße Zustandekommen eines Beschlusses.

Unverzüglich nach dem Inkrafttreten der Novelle ist vom Gemeinderat der substanzberechtigten Gemeinde aus seiner Mitte für die Dauer seiner verbleibenden Funktionsperiode der erste Rechnungsprüfer zu bestellen; von der Vollversammlung aus ihrer Mitte für die Dauer von fünf Jahren der zweite Rechnungsprüfer. Bis zur Bestellung des zweiten Rechnungsprüfers haben die bisher bestellten Rechnungsprüfer der Agrargemeinschaft die Aufgaben des zweiten Rechnungsprüfers gemeinsam wahrzunehmen.

Die substanzberechtigten Gemeinde kann jederzeit auf Substanzerlöse zugreifen. Der Substanzverwalter ist verpflichtet, Aufträgen der substanzberechtigten Gemeinde auf Auszahlung ziffernmäßig bestimmter Beträge unverzüglich nachzukommen, soweit dadurch die Zahlungsfähigkeit der Agrargemeinschaft, insbesondere die Bedeckung laufender Ausgaben und bereits bekannter Zahlungsverpflichtungen, nicht gefährdet wird.

Rechnungsprüfung und Jahresrechnung

Künftig sind zwei getrennte Bankkonten (das Substanzkonto und das Abrechnungskonto) mit klaren Verantwortlichkeiten des Substanzverwalter bzw. des Obmannes vorgesehen. An die Stelle der bisherigen Rechnungsreise tritt die

laufende Gebarung der Einnahmen und Ausgaben samt Buchhaltung in der alleinigen Verantwortung des Substanzverwalters. Das Zugriffsrecht der substanzberechtigten Gemeinde auf Substanzerlöse wird durch ziffernmäßig bestimmte Auszahlungsaufträge an den Substanzverwalter ausgeübt.

Der Substanzverwalter erstellt die Jahresrechnung und den Voranschlag, unabhängig vom Abrechnungskonto der Nutzungsberechtigten, und legt diese dem Gemeinderat der substanzberechtigten Gemeinde zur Beschlussfassung und dann bis spätestens 31. März des Folgejahres gemeinsam mit dem Voranschlag der Agrarbehörde vor. Die der Agrarbehörde vom Substanzverwalter vorgelegte Jahresrechnung wird im Internet veröffentlicht.

Der Obmann erstellt für das jeweils angelaufene Wirtschaftsjahr den Abschluss des Abrechnungskontos der Nutzungsberechtigten und legt diesen zunächst dem zweiten Rechnungsprüfer zur Prüfung und dann gemeinsam mit dem Voranschlag – nach Absegnung durch Ausschuss bzw. Vollversammlung – bis spätestens 31. März des Folgejahres der Agrarbehörde vor.

Dem Substanzverwalter ist in die Aufzeichnungen und Belege des Abrechnungskontos, dem Obmann in die Aufzeichnungen und Belege des Substanzkontos jederzeit auf Verlangen im Gemeindeamt Einsicht zu gewähren, wobei sie jeweils berechtigt sind, davon Abschriften anzufertigen bzw. auf Kosten der substanzberechtigten Gemeinde bzw. der Nutzungsberechtigten Kopien zu erstellen.

Bewirtschaftungsbeitrag.

Sicherung der Ausübbarkeit der Nutzungsrechte

Die Gewährleistung für die Ausübbarkeit der Nutzungsrechte liegt bei der Agrargemeinschaft, der Substanzverwalter hat die dafür erforderlichen Maßnahmen einschließlich der Erhaltung der notwendigen Infrastruktur sicherzustellen. Die ihre Rechte ausübenden Nutzungsberechtigten sind künftig verpflichtet, für den der Agrargemeinschaft dafür entstandenen Aufwand jährlich im Nachhinein einen Bewirtschaftungsbeitrag zu leisten; das bisherige Stockgeld bzw. die Verpflichtung zur Leistung von Arbeitsschichten entfällt. Die Höhe des Bewirtschaftungsbeitrages wird durch eine Verordnung der Landesregierung festgelegt.

Bewirtschaftungsübereinkommen bzw. Bewirtschaftungsabgeltung

Die diesbezüglichen Bestimmungen ermöglichen es, dass die Nutzungsberechtigten ganz oder teilweise nach wie vor mit der land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung der Grundstücke einer atypischen Gemeindegutsagrargemein-

schaft betraut werden. Die Höhe der hierfür der Agrargemeinschaft zufließenden Bewirtschaftungsabgeltung ist als Teil des zu diesem Zweck zwischen der substanzberechtigten Gemeinde und den Nutzungsberechtigten abzuschließenden Bewirtschaftungsübereinkommens einvernehmlich festzulegen. Die Bewirtschaftungsabgeltung kann auch in Naturalleistungen bestehen. Das Zustandekommen eines solchen Übereinkommens setzt die Zustimmung des Gemeinderates der substanzberechtigten Gemeinde und die Zustimmung der Nutzungsberechtigten durch Beschluss der Vollversammlung voraus. Gegenstand eines Bewirtschaftungsübereinkommens kann etwa die Betrauung der Nutzungsberechtigten mit Aufforstungsmaßnahmen, Holznutzungsmaßnahmen, Pflegemaßnahmen, Zaunarbeiten etc. sein.

mehrere substanzberechtigte Gemeinden

Sind an einer Agrargemeinschaft auf Gemeindegut mehrere Gemeinden substanzberechtigt, so haben diese bei der Ausübung ihres Substanzrechtes einvernehmlich vorzugehen. Die Gemeinden haben je einen Substanzverwalter zu bestellen. Der erste Rechnungsprüfer ist durch übereinstimmende Beschlüsse der Gemeinderäte der substanzberechtigten Gemeinden zu bestellen.

Vertragsgenehmigungen

Den Mitgliedern von Agrargemeinschaften auf Gemeindegut im Sinn des § 33 Abs. 2 lit. c Z 1 u. 2 stehen ausschließlich Naturalleistungen wie die Weide, der Bezug von Nutzholz zur Erhaltung des Wohnhauses oder der ortsübliche Bedarf an Brennholz für den Haushalt einer Familie zu. Zukünftig kann es aufgrund der Beschränkung auf den konkreten Haus- und Gutsbedarf und die diesem entsprechenden Naturalleistungen nicht mehr zu einer Absonderung von Anteilsrechten von einer Stammsitzliegenschaft kommen. Derartige Nutzungsrechte sind daher kein handelbares Gut mehr. Ausgenommen davon sind Teilwaldrechte, diese sind nicht auf den Haus- und Gutsbedarf beschränkt.

Um einen eingeschränkten Verkehr mit Anteilsrechten weiterhin möglich zu machen, wird in der Novelle die Möglichkeit eröffnet, ein nicht mehr benötigtes Nutzungsrecht quasi an die Gemeinde zurückzustellen. Die Gemeinde hat dann zu entscheiden, ob dieses durch die Agrarbehörde zum Erlöschen zu bringen oder einer anderen Stammsitzliegenschaft zuzuteilen ist.

Auseinandersetzungsverfahren

Das neu eingeführte Auseinandersetzungsverfahren dient der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung zwischen Agrargemeinschaft und Gemeinde. Es wird entweder auf ge-

meinsamen Antrag der substanzberechtigten Gemeinde und der Agrargemeinschaft oder von Amts wegen eingeleitet. Einem gemeinsamen Antrag kann ein Übereinkommen über die Art der Auseinandersetzung sowie über die Art und das Ausmaß der den Parteien zuzuweisenden Abfindungen und Entschädigungen beigeschlossen werden. Ein Übereinkommen hat auf einer sachverständigen Bewertung zu beruhen.

Ein rechtskräftig abgeschlossenes Auseinandersetzungsverfahren beendet jedenfalls die Eigenschaft der agrargemeinschaftlichen Grundstücke als atypisches Gemeindegut.

Abhängig von den vorliegenden Voraussetzungen besteht das Auseinandersetzungsverfahren

- entweder in der Auflösung der Agrargemeinschaft, der Übertragung der Grundstücke des atypischen Gemeindeguts in das Eigentum der substanzberechtigten Gemeinde und der Ablöse land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte, vorzugsweise in Geld, oder
- in der Zuweisung eines Grundanteiles an die Gemeinschaft der Nutzungsberechtigten, der dem Wert ihrer Nutzungsrechte entspricht, und die Übertragung des restlichen Grundes an die substanzberechtigte Gemeinde oder
- in der Rückübertragung des Eigentums an den Grundstücken des atypischen Gemeindeguts auf die substanzberechtigte Gemeinde, wobei die land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte aufrechtbleiben.

Je nach ausgeführter Variante ist im Zuge des Auseinandersetzungsverfahrens jedenfalls auch das sonstige Vermögen der Agrargemeinschaft in das Eigentum der substanzberechtigten Gemeinde zu übertragen. Davon ausgenommen sind lediglich Vermögenswerte, die dem Abrechnungskonto zugeordnet sind.

Strafbestimmungen

Änderungen erfährt das Tiroler Flurverfassungslandesgesetz auch hinsichtlich der enthaltenen Strafbestimmungen, welche in Form eines detaillierten Strafkataloges neu gefasst werden. Für schwere Übertretungen kann zukünftig eine Geldstrafe von bis zu € 7.500,-, hinsichtlich der weniger schweren Übertretungen kann zukünftig eine Geldstrafe bis zu € 4.500,- verhängt werden.

vermögensrechtliche Auseinandersetzung für die Vergangenheit bei Agrargemeinschaften auf Gemeindegut im Sinn des § 33 Abs. 2 lit. c Z. 2

Grundsätzlich wird normiert, dass vermögenswerte Ansprüche zwischen einer Gemeindegutsagrargemeinschaft, den Nutzungsberechtigten und der substanzberechtigten Gemeinde, die vor dem Inkrafttreten der Novelle entstanden sind, als wechselseitig abgegolten gelten.

Eine vermögensrechtliche Auseinandersetzung findet nur statt hinsichtlich

- vermögenswerter Zuwendungen (ohne Gegenleistung) der Agrargemeinschaft an Nutzungsberechtigte oder Dritte nach dem 10. Oktober 2008, jedoch mit Ausnahme von Zuwendungen, die aus dem Überling oder nach dem 18. Februar 2010 mit Zustimmung der Gemeinde erfolgt sind. Typischerweise handelt es sich hierbei um Ausschüttungen aus der Substanz sowie Spenden an Dritte (insbesondere auch für die wissenschaftliche Untersuchung der rechtshistorischen Ergebnisse betreffend Gemeindegutsagrargemeinschaften), welche nach dem 10. Oktober 2008 erfolgt sind;
- vermögenswerter Zuwendungen (mit oder ohne Gegenleistungen) der Agrargemeinschaft an Nutzungsberechtigte oder Dritte nach dem 28. November 2013 aus der Substanz, einschließlich des Überlings, ohne Zustimmung der substanzberechtigten Gemeinde. Beispiele hierfür sind etwa Anwaltshonorare, Miet- und Pachtzinse, Entgelte aus Kauf- und Dienstleistungsverträgen und dergleichen.

Für den Fall, dass die Agrargemeinschaft bzw. ihre Mitglieder durch eine besondere unternehmerische Leistung – nicht unmittelbar mit der land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung zusammenhängend – Vermögenswerte geschaffen haben, aus denen die substanzberechtigte Gemeinde auch künftig Substanzerlöse erzielen kann, besteht die Möglichkeit zur Geltendmachung eines Anspruches durch die Agrargemeinschaft gegenüber der substanzberechtigten Gemeinde. Die Agrargemeinschaft hat einen diesbezüglichen Antrag bei der Agrarbehörde unter Beischließung eines Gutachtens einzubringen, die anschließend darüber zu entscheiden hat. Das Gesetz sieht auch die Möglichkeit einer Einigung zwischen der substanzberechtigten Gemeinde und der Agrargemeinschaft betreffend solche Ansprüche vor.

Zusammenfassung und Übergangsbestimmungen

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes gehen die wesentlichen Entscheidungsbefugnisse sowie die Verantwortung in den Gemeindegutsagrargemeinschaften auf das Organ „Substanzverwalter“ über. Die bisherigen Organe der Agrargemeinschaft verwalten – wie dargestellt – nur mehr die tatsächlichen Nutzungsrechte der Mitglieder. Um eine möglichst friktionsfreie Übergabe und weitere Verwaltung durch die Organe in ihren neuen Verwaltungsbereichen zu gewährleisten, sind insbesondere die folgend dargestellten Punkte zu beachten:

Agrargemeinschaft:

Der Sitz und die maßgebliche Zustelladresse der Gemeindegutsagrargemeinschaft ist das Gemeindeamt der substanzberechtigten Gemeinde.

Der Obmann ist verpflichtet, innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes dem Substanzverwalter alle Unterlagen zu übergeben, die es ihm ermöglichen, umgehend seinen gesetzlichen Pflichten nachzukommen. Hierzu gehört insbesondere die Übergabe sämtlicher Sparbücher, Wertpapiere, Handkassen, Schlüssel, Betriebsmittel, die Mitteilung von Losungsworten sowie die Einräumung aller erforderlichen Zeichnungsbefugnisse. Die Übergabe sollte tunlichst im Gemeindeamt als neuem Sitz der Agrargemeinschaft stattfinden. Zudem besteht eine unverzügliche Informationspflicht des Obmannes über aufrechte Vertretungsverhältnisse in anhängigen Gerichts- und Verwaltungsverfahren, an denen die Agrargemeinschaft als Partei beteiligt ist.

Das Abrechnungskonto der Nutzungsberechtigten ist unverzüglich vom Obmann einzurichten.

Die Vollversammlung der Agrargemeinschaft hat aus ihrer Mitte für die Dauer von fünf Jahren den zweiten Rechnungsprüfer zu bestellen.

Die substanzberechtigte Gemeinde kann jederzeit auf Substanzerlöse zugreifen. Der Substanzverwalter ist verpflichtet, Aufträgen der substanzberechtigten Gemeinde auf Auszahlung ziffernmäßig bestimmter Beträge unverzüglich nachzukommen, soweit dadurch die Zahlungsfähigkeit der Agrargemeinschaft, insbesondere die Bedeckung laufender Ausgaben und bekannter Zahlungsverpflichtungen, nicht gefährdet wird.

Dem Substanzverwalter ist in die Aufzeichnungen und Belege des Abrechnungskontos, dem Obmann in die Aufzeichnungen und Belege des Substanzkontos, jederzeit auf Verlangen im Gemeindeamt Einsicht zu gewähren, wobei sie jeweils berechtigt sind, davon Abschriften anzufertigen bzw. auf Kosten der substanzberechtigten Gemeinde bzw. der Nutzungsberechtigten Kopien zu erstellen.

Der Obmann hat den Ausschuss bzw. die Vollversammlung auf Verlangen der substanzberechtigten Gemeinde binnen einem Monat einzuberufen. In Angelegenheiten, die sowohl den Substanzwert als auch die land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte betreffen, kann auch der Substanzverwalter den Ausschuss oder die Vollversammlung einberufen und die Tagesordnung festsetzen.

Der Obmann hat der substanzberechtigten Gemeinde und dem Substanzverwalter die Tagesordnung jeder von ihm einberufenen Sitzung nachweislich so rechtzeitig zu übermitteln, dass diese spätestens fünf Werktage vor einer Sitzung des Ausschusses oder spätestens eine Woche vor einer Sitzung der Vollversammlung im Gemeindeamt und beim Substanzverwalter einlangt.

Der Obmann hat für das jeweils angelaufene Wirtschaftsjahr den erstellten Abschluss des Abrechnungskontos der Nutzungsberechtigten zunächst dem zweiten Rechnungsprüfer zur Prüfung vorzulegen und dann gemeinsam mit dem Voranschlag – nach Absegnung durch Ausschuss bzw. Vollversammlung – bis spätestens 31. März des Folgejahres der Agrarbehörde vorzulegen.

Die Nutzungsberechtigten sind bei tatsächlichem Bezug der Nutzungsrechte verpflichtet, für den der Agrargemeinschaft für die Erhaltung der notwendigen Infrastruktur entstandenen Aufwand jährlich im Nachhinein einen Bewirtschaftungsbeitrag zu leisten.

Es besteht weiterhin die Möglichkeit, dass die Nutzungsberechtigten ganz oder teilweise mit der land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung der Grundstücke einer atypischen Gemeindegutsagrargemeinschaft betraut werden. Zu diesem Zweck können Bewirtschaftungsübereinkommen abgeschlossen werden.

Stichtag für die buchhalterische Umstellung ist der 1. Jänner 2014. Dies bedeutet, dass alle bis zum Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes erfolgten Vorgänge buchhalterisch im neuen System rückzuerfassen sind.

Binnen eines Jahres ist die Satzung der Agrargemeinschaft an die geänderte Gesetzeslage anzupassen, zu beschließen und der Agrarbehörde zur Genehmigung vorzulegen. Die Agrarbehörde stellt hierfür Mustersatzungen zur Verfügung.

Die Funktion „Kassier“ entfällt ersatzlos.

Gemeinde:

Der Sitz der Gemeindegutsagrargemeinschaft ist das Gemeindeamt der substanzberechtigten Gemeinde. Im Fall mehrerer substanzberechtigter Gemeinden gilt das Gemeindeamt der substanzberechtigten Gemeinde mit der höchsten Einwohnerzahl als Sitz der Agrargemeinschaft und somit auch als maßgebliche Zustelladresse.

Der Gemeinderat der substanzberechtigten Gemeinde hat aus seiner Mitte für die Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates den Substanzverwalter zu bestellen.

Bis zur förmlichen Bestellung eines Substanzverwalters durch den Gemeinderat ist zur Wahrung der Rechte der substanzberechtigten Gemeinde in der Agrargemeinschaft der Bürgermeister der substanzberechtigten Gemeinde berufen.

Der Gemeinderat der substanzberechtigten Gemeinde hat aus seiner Mitte für die Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates den ersten Rechnungsprüfer zu bestellen.

Das Substanzkonto ist unverzüglich vom Substanzverwalter einzurichten.

Dem Substanzverwalter ist in die Aufzeichnungen und Belege des Abrechnungskontos, dem Obmann in die Aufzeichnungen und Belege des Substanzkontos jederzeit auf Verlangen im Gemeindeamt Einsicht zu gewähren, wobei sie jeweils berechtigt sind, davon Abschriften anzufertigen bzw. auf Kosten der substanzberechtigten Gemeinde bzw. der Nutzungsberechtigten Kopien zu erstellen.

In Angelegenheiten, die sowohl den Substanzwert als auch die land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte betreffen, kann auch der Substanzverwalter den Ausschuss oder die Vollversammlung einberufen und die Tagesordnung festsetzen. In diesem Fall obliegt ihm auch die Führung des Vorsitzes in der Sitzung.

Der Gemeinderat kann vorsehen, dass die Vornahme rechtswirksamer Verfügungen durch den Substanzverwalter zwingend von der vorherigen Befassung des Gemeinderates und der Erteilung dessen Auftrages abhängt.

Die für das jeweils abgelaufene Wirtschaftsjahr erstellte Jahresrechnung hat der Substanzverwalter zunächst dem ersten Rechnungsprüfer zur Prüfung und dann bis spätestens 31. März des Folgejahres gemeinsam mit dem Voranschlag der Agrarbehörde vorzulegen.

Der Substanzverwalter hat den Bewirtschaftungsbeitrag zu ermitteln und den zur Zahlung verpflichteten Nutzungsberechtigten vorzuschreiben.

Sind an einer Agrargemeinschaft auf Gemeindegut im Sinn des § 33 Abs. 2 lit. c Z. 2 mehrere Gemeinden substanzberechtigt, so haben diese bei der Ausübung ihres Substanzrechtes einvernehmlich vorzugehen. Die Gemeinden haben je einen Substanzverwalter und einen Stellvertreter dessen zu bestellen. Der erste Rechnungsprüfer ist durch übereinstimmende Beschlüsse der Gemeinderäte der substanzberechtigten Gemeinden zu bestellen.

Stichtag für die buchhalterische Umstellung ist der 1. Jänner 2014. Dies bedeutet, dass alle bis zum Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes erfolgten Vorgänge buchhalterisch im neuen System rückzuerfassen sind.

Weiters wird auf die **Buchführungs- und Gebarungsverordnung für atypische Gemeindegutsagrargemeinschaften**, LGBL Nr. 79/2014, und die **Bewirtschaftungsbeitragsverordnung 2014**, LGBL Nr. 78/2014, hingewiesen

Für weitere Fragen stehen die Mitarbeiter der Abt. Agrargemeinschaften gerne zur Verfügung

Abteilung Agrargemeinschaften

32.

Datenschutz – Zulässigkeit der Aufnahme von Verteilerlisten in öffentlichen Bekanntmachungen mündlicher Verhandlungen

Nach § 41 Abs. 1 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 (AVG), BGBl. Nr. 51/1991, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 161/2013, sind die bekannten Verfahrensbeteiligten von der Anberaumung einer mündlichen Verhandlung persönlich zu verständigen. Sofern außer diesen noch weitere Personen als Beteiligte am Verfahren in Betracht kommen, ist die mündliche Verhandlung zusätzlich an der Amtstafel der Gemeinde, durch Verlautbarung in der für amtliche Kundmachungen der Behörde bestimmten Zeitung oder durch Verlautbarung im elektronischen Amtsblatt der Behörde kundzumachen. Unter bestimmten Voraussetzungen gilt nach § 42 Abs. 1a AVG auch die Kundmachung im Internet als geeignete Kundmachungsform.

Neben der „klassischen“ Amtstafel existieren in zahlreichen Gemeinden Tirols gemeindeeigene „elektronische“ bzw. „digitale“ Amtstafeln, teilweise auch als „Online-Amtstafeln“ bezeichnet, welche zur Kundmachung mündlicher Verhandlungen verwendet werden. Ob diese Kundmachungen „geeignet“ und somit rechtlich verbindlich im Sinn des § 42 Abs. 1a AVG sind oder rein zum Zweck der Information der Bevölkerung im Internet veröffentlicht werden, kann hier außer Betracht bleiben.

Stichproben haben ergeben, dass die inhaltliche Ausgestaltung von öffentlichen Bekanntmachungen mündlicher Verhandlungen im Sinn der §§ 40 bis 42 AVG bei den Gemeinden sehr heterogen gehandhabt wird.

Immer wieder finden sich an den „klassischen“ und „digitalen“ Amtstafeln der Tiroler Gemeinden „Verteilerlisten“ mit den Namen und Adressen der bekannten Verfahrensbeteiligten. Gelegentlich werden auch weitergehende Informationen, etwa hinsichtlich der Eigenschaften der Beteiligten als Anrainer o. ä. veröffentlicht.

Nach der Verfassungsbestimmung des § 1 Abs. 2 Datenschutzgesetz 2000 (DSG 2000), BGBl. I Nr. 165/1999, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 83/2013, sind – soweit die Verwendung personenbezogener Daten nicht im lebenswichtigen Interesse des Betroffenen oder mit seiner Zustimmung erfolgt – Beschränkungen des Anspruchs auf Geheimhaltung nur zur Wahrung überwiegender be-

rechtigter Interessen eines anderen zulässig, und zwar bei Eingriffen einer staatlichen Behörde nur aufgrund von Gesetzen, die aus den in Art. 8 Abs. 2 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK), BGBl. Nr. 210/1958, genannten Gründen notwendig sind.

Da das AVG nicht explizit zur Veröffentlichung personenbezogener Daten der bekannten Verfahrensbeteiligten im Rahmen der Kundmachung an der für jedermann zugänglichen Amtstafeln ermächtigt und die Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Veröffentlichung im Sinn des § 7 Abs. 2 Z. 2 DSG 2000 nicht vorliegen, kommt auch der Ausnahmetatbestand des § 8 Abs. 1 Z. 1 DSG 2000, wonach schutzwürdige Geheimhaltungsinteressen bei Verwendung nichtsensibler Daten dann nicht verletzt sind, wenn eine ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung oder Verpflichtung zur Verwendung der Daten besteht, nicht zum Tragen.

Aus datenschutzrechtlicher Sicht ist die in Rede stehende Praxis der Veröffentlichung personenbezogener Daten über den Antragsteller hinaus an den Amtstafeln der Gemeinden daher bedenklich.

Auch das Formular 10 der Verwaltungsformularverordnung, BGBl. II Nr. 400/2013, welches für die öffentliche Bekanntmachung einer mündlichen Verhandlung im Anwendungsbereich des AVG zu verwenden ist, sieht keine Veröffentlichung eines Verteilers vor.

Es wird daher angeregt, bei der Bekanntmachung mündlicher Verhandlungen an den Amtstafeln – unabhängig davon, ob es sich dabei um die „klassische“ oder eine „elektronische“ Amtstafel handelt – auf die Veröffentlichung des Verteilers der bekannten Verfahrensbeteiligten und ihrer Eigenschaften als Anrainer etc. zu verzichten.

Zur Frage der inhaltlichen Ausgestaltung der persönlichen Verständigung der bekannten Verfahrensbeteiligten von der Anberaumung einer mündlichen Verhandlung nach § 41 Abs. 1 AVG sei auf das Formular 9 der Verwaltungsformularverordnung hingewiesen, welches im Gegensatz zu Formular 10 eine Auflistung der Empfänger vorsieht.

Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2013

Bezirk-Anzahl der Gemeinden	Imst - 24 G		Ibk.-Land - 65 G		Kitzbühel - 20 G		Kufstein - 30 G		Landeck - 30 G		Lienz - 33 G		Reutte - 37 G		Schwaz 39 G		Su. Bezirke - 278 G		Ibk.-Stadt - 1 G		Summe Tirol 279 G	
		%		%		%		%		%		%		%		%		%		%		%
Einwohnerzahl lt. Registerz. 31.10.2011	56.557	9,59	166.762	28,28	61.705	10,46	101.047	17,14	43.591	7,39	49.319	8,36	31.618	5,36	79.103	13,41	589.702	100,00	119.617	16,86	709.319	100,00
Abgestufter Bevölkerungsschlüssel 2013	91.443	9,57	270.316	28,29	99.465	10,41	164.536	17,22	70.266	7,35	80.143	8,39	50.966	5,33	128.222	13,42	955.357	100,00	279.106	22,61	1.234.463	100,00
Finanzkraft I für 2013	8.632.552	8,73	24.681.893	24,95	12.677.063	12,82	18.471.461	18,67	7.831.934	7,92	6.027.593	6,09	6.300.174	6,37	14.290.392	14,45	98.913.062	100,00	26.529.729	21,15	125.442.791	100,00
	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW
1 Ordentliche Einnahmen 1)	140.249.842	2.480	384.846.681	2.308	168.536.185	2.731	243.633.617	2.411	125.580.287	2.881	120.025.954	2.434	95.298.266	3.014	199.197.433	2.518	1.477.368.264	2.505	323.196.481	2.702	1.800.564.745	2.538
2 Außerordentliche Einnahmen 1)	14.413.512	255	45.979.964	276	16.932.060	274	40.077.266	397	29.927.682	687	20.941.714	425	5.467.323	173	22.212.657	281	195.952.178	332	43.995.332	368	239.947.510	338
3 Gesamteinnahmen	154.663.354	2.735	430.826.645	2.583	185.468.245	3.006	283.710.884	2.808	155.507.968	3.567	140.967.668	2.858	100.765.589	3.187	221.410.089	2.799	1.673.320.442	2.838	367.191.813	3.070	2.040.512.255	2.877
in % der Bezirkssumme	9,24%		25,75%		11,08%		16,95%		9,29%		8,42%		6,02%		13,23%		100,00%		18,00%		100,00%	
4 Personalaufwand 2)	28.605.665	506	85.468.237	513	34.011.430	551	52.939.231	524	22.025.892	505	23.580.334	478	16.383.030	518	34.755.157	439	297.768.975	505	68.508.855	573	366.277.830	516
5 Sachaufwand	111.696.497	1.975	297.324.815	1.783	132.818.513	2.152	192.941.013	1.909	102.826.328	2.359	95.778.309	1.942	76.616.233	2.423	163.963.783	2.073	1.173.965.491	1.991	254.948.372	2.131	1.428.913.863	2.014
6 Ordentliche Ausgaben 1)	140.302.162	2.481	382.793.052	2.295	166.829.943	2.704	245.880.244	2.433	124.852.219	2.864	119.358.643	2.420	92.999.263	2.941	198.718.940	2.512	1.471.734.466	2.496	323.457.228	2.704	1.795.191.694	2.531
7 Außerordentliche Ausgaben 1)	15.617.819	276	47.562.041	285	17.827.204	289	42.136.122	417	31.370.429	720	17.840.104	362	6.446.515	204	25.195.623	319	203.995.859	346	43.995.332	368	247.991.190	350
8 Gesamtausgaben	155.919.981	2.757	430.355.094	2.581	184.657.147	2.993	288.016.366	2.850	156.222.649	3.584	137.198.747	2.782	99.445.778	3.145	223.914.563	2.831	1.675.730.324	2.842	367.452.559	3.072	2.043.182.884	2.880
in % der Bezirkssumme	9,30%		25,68%		11,02%		17,19%		9,32%		8,19%		5,93%		13,36%		100,00%		17,98%		100,00%	
Eigene Steuern:																						
9 Grundsteuer A	73.540	1	190.290	1	161.844	3	164.622	2	58.275	1	93.775	2	85.409	3	149.293	2	977.047	2	11.863	0	988.911	1
10 Grundsteuer B	4.959.774	88	12.805.654	77	8.570.576	139	8.418.043	83	4.600.075	106	2.839.505	58	3.208.004	101	6.487.201	82	51.888.831	88	10.987.642	92	62.876.473	89
11 Kommunalsteuer	14.465.934	256	43.224.155	259	18.573.065	301	35.285.831	349	13.360.688	307	11.265.460	228	11.048.538	349	26.786.287	339	174.009.959	295	51.633.708	432	225.643.667	318
12 Vergütungssteuer	19.726	0	109.655	1	528.577	9	192.726	2	160.440	4	79.498	2	-1.080	0	51.734	1	1.141.275	2	1.064.161	9	2.205.436	3
13 Hundesteuer	143.132	3	440.249	3	156.227	3	198.030	2	87.220	2	91.702	2	68.229	2	183.598	2	1.368.387	2	343.995	3	1.712.381	2
14 Gebrauchsabgabe	300.515	5	1.105.140	7	1.083.717	18	1.949.580	19	353.383	8	79.044	2	1.152.785	36	633.266	8	6.657.431	11	10.500.197	88	17.157.628	24
15 Verwaltungsabgabe	311.395	6	734.765	4	501.045	8	538.194	5	288.870	7	299.879	6	175.395	6	431.779	5	3.281.321	6	1.710.562	14	4.991.883	7
16 Sonstige Gemeindeabgaben 3)	231.388	4	161.216	1	329.699	5	471.794	5	324.562	7	899.271	18	146.178	5	626.971	8	3.191.079	5	6.019.559	50	9.210.638	13
17 Sonstige alte Gemeindeabgaben 4)	-65.377	-1	-45.124	0	265	0	-3.934	0	-12.068	0	-44.812	-1	-14.022	0	-122.943	-2	-308.014		-88.065	-1	-396.080	-1
18 Interessentenbeiträge n.VerkaufschlABgG	2.524.620	45	5.865.483	35	3.597.823	58	3.452.684	34	1.325.202	30	2.074.933	42	1.264.905	40	3.182.218	40	23.287.869	39	4.915.679	41	28.203.548	40
19 Summe Eigene Steuern	22.964.648	406	64.591.482	387	33.502.838	543	50.667.568	501	20.546.648	471	17.678.255	358	17.134.341	542	38.409.403	486	265.495.184	450	87.099.301	728	352.594.485	497
20 Abgabenertragsanteile 5)	43.858.165	775	132.165.504	793	46.814.096	759	81.212.457	804	33.572.074	770	39.588.318	803	24.106.432	762	61.782.175	781	463.099.220	785	148.101.936	1.238	611.201.156	862
21 Spielbankabgabe 6)	0	0	666.090	4	387.609	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.053.699	2	934.252	8	1.987.951	3
22 Getränkesteuerausgleich	6.149.884	109	10.048.327	60	7.169.700	116	7.442.984	74	7.182.527	165	3.322.322	67	3.642.563	115	8.982.044	114	53.940.350	91	9.430.108	79	63.370.458	89
23 Summe Abgabenertragsanteile	50.008.049	884	142.879.921	857	54.371.405	881	88.655.441	877	40.754.600	935	42.910.639	870	27.748.995	878	70.764.219	895	518.093.269	879	158.466.296	1.325	676.559.565	954
24 Weitere Einnahmen:																						
25 Benützungsgewühren nach dem FAG 7)	17.539.430	310	37.561.779	225	19.986.218	324	18.068.767	179	18.436.505	423	13.762.977	279	8.691.616	275	21.683.691	274	155.730.982	264	18.362.784	154	174.093.766	245
26 Bedarfszuweisungen 8)	9.391.955	166	17.113.004	103	6.731.778	109	7.944.043	79	7.949.110	182	9.901.138	201	7.952.327	252	9.677.532	272	76.660.887	130	9.000.000	75	85.660.887	121
27 Summe Zeilen 19, 23 und 25 bis 26	99.904.081	1.766	262.146.187	1.572	114.592.239	1.857	165.335.820	1.636	87.686.863	2.012	84.253.010	1.708	61.527.279	1.946	140.534.845	1.777	1.015.980.322	1.723	272.928.381	2.282	1.288.908.703	1.817
Verpflichtungen zum 31.12.:																						
28 Darlehensaufnahmen	6.954.000	123	17.260.819	104	9.198.000	149	20.949.875	207	15.344.098	352	9.042.735	183	2.495.339	79	10.799.917	137	92.044.782	156	0	0	92.044.782	130
29 Schuldzinsen	989.432	17	2.515.337	15	868.272	14	1.320.400	13	870.211	20	1.249.853	25	762.152	24	1.275.891	16	9.851.548	17	210.977	2	10.062.524	14
30 laufende Schuldentilgung	8.635.941	153	12.689.516	76	5.261.677	85	9.365.473	93	7.460.314	171	6.691.415	136	6.079.426	192	9.926.647	125	66.110.410	112	220.888	2	66.331.298	94
31 Schuldenstand zum 31.12.	86.900.219	1.537	173.511.405	1.040	67.698.529	1.097	98.419.777	974	86.381.845	1.982	79.720.076	1.616	57.857.956	1.830	115.708.713	1.463	766.198.519	1.299	13.284.043	111	779.482.562	1.099
32 Stand an Haftungen zum 31.12.	6.704.879	119	163.795.983	982	122.550.889	1.986	59.749.763	591	61.549.822	1.412	22.577.765	458	86.340.507	2.731	59.344.905	750	582.614.513	988	161.975.663	1.354	744.590.176	1.050
33 Stand an Leasingverpflichtungen 31.12.	7.330.041	130	34.355.734	206	7.550.691	122	6.066.317	60	5.503.324	126	14.616.547	296	2.313.210	73	6.140.185	78	83.876.050	142	0	0	83.876.050	118
Vermögen zum 31.12.:																						
34 Zuführungen an Rücklagen	2.322.943	41	17.318.845	104	3.515.567	57	12.234.226	121	2.231.620	51	2.540.044	52	2.395.633	76	2.477.450	31	45.036.329	76	4.627.774	39	49.664.103	70
35 Stand an Rücklagen	8.26																					

34.

Finanzdaten der Gemeinden Tirols – Entwicklung 2011 bis 2013

Bezirk-Anzahl der Gemeinden	BEZIRKE						INNSBRUCK-STADT						SUMME TIROL					
	2011 (278 Gem.)		2012 (278 Gem.)		2013 (278 Gem.)		2011		2012		2013		2011 (279 Gem.)		2012 (279 Gem.)		2013 (279 Gem.)	
Einwohnerzahl lt. Registerzg. 2009/10/11	585.894		587.713		589.702		119.026		119.860		119.617		704.920		707.573		709.319	
Abgestufter Bevölkerungsschlüssel 2013	949.127		952.114		955.357		277.727		279.673		279.106		1.226.854		1.231.788		1.234.463	
Finanzkraft I für 2013	92.401.807		95.183.149		98.913.062		24.984.801		25.614.790		26.529.729		117.386.608		120.797.939		125.442.791	
	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW
1 Ordentliche Einnahmen 1)	1.347.068.501	2.299	1.418.221.268	2.413	1.477.368.264	2.505	298.507.062	2.508	312.585.361	2.608	323.196.481	2.702	1.645.575.563	2.334	1.730.806.629	2.446	1.800.564.745	2.538
2 Außerordentliche Einnahmen 1)	137.341.057	234	162.408.211	276	195.952.178	332	52.192.202	438	39.719.354	331	43.995.332	368	189.533.259	269	202.127.565	286	239.947.510	338
3 Gesamteinnahmen	1.484.409.558	2.534	1.580.629.479	2.689	1.673.320.442	2.838	350.699.264	2.946	352.304.715	2.939	367.191.813	3.070	1.835.108.822	2.603	1.932.934.194	2.732	2.040.512.255	2.877
4 Personalaufwand 2)	271.613.105	464	286.792.334	488	297.768.975	505	63.971.787	537	66.872.627	558	68.508.855	573	335.584.892	476	353.664.961	500	366.277.830	516
5 Sachaufwand	1.069.641.455	1.826	1.124.815.370	1.914	1.173.965.491	1.991	234.233.930	1.968	245.656.516	2.050	254.948.372	2.131	1.303.875.385	1.850	1.370.471.886	1.937	1.428.913.863	2.014
6 Ordentliche Ausgaben 1)	1.341.254.560	2.289	1.411.607.704	2.402	1.471.734.466	2.496	298.205.718	2.505	312.529.143	2.607	323.457.228	2.704	1.639.460.278	2.326	1.724.136.847	2.437	1.795.191.694	2.531
7 Außerordentliche Ausgaben 1)	145.807.665	249	156.432.743	266	203.995.859	346	52.192.202	438	39.719.354	331	43.995.332	368	197.999.867	281	196.152.097	277	247.991.190	350
8 Gesamtausgaben	1.487.062.225	2.538	1.568.040.447	2.668	1.675.730.324	2.842	350.397.919	2.944	352.248.497	2.939	367.452.559	3.072	1.837.460.144	2.607	1.920.288.944	2.714	2.043.182.884	2.880
Eigene Steuern:																		
9 Grundsteuer A	978.406	2	979.147	2	977.047	2	11.347	0	11.465	0	11.863	0	989.752	1	990.612	1	988.911	1
10 Grundsteuer B	49.480.474	84	50.249.151	85	51.888.831	88	10.690.289	90	10.860.640	91	10.987.642	92	60.170.763	85	61.109.791	86	62.876.473	89
11 Kommunalsteuer	158.584.416	271	166.529.272	283	174.009.959	295	47.964.758	403	49.455.662	413	51.633.708	432	206.549.174	293	215.984.934	305	225.643.667	318
12 Vergnügungssteuer	1.380.657	2	992.629	2	1.141.275	2	1.499.902	13	755.353	6	1.064.161	9	2.880.559	4	1.747.982	2	2.205.436	3
13 Hundesteuer	1.170.045	2	1.261.762	2	1.368.387	2	307.384	3	320.598	3	343.995	3	1.477.430	2	1.582.360	2	1.712.381	2
14 Gebrauchsabgabe	6.748.616	12	6.249.066	11	6.657.431	11	7.601.355	64	8.217.415	69	10.500.197	88	14.349.971	20	14.466.481	20	17.157.628	24
15 Verwaltungsabgabe	3.483.916	6	3.346.419	6	3.281.321	6	1.583.319	13	1.648.790	14	1.710.562	14	5.067.235	7	4.995.209	7	4.991.883	7
16 Sonstige Gemeindeabgaben 3)	2.984.866	5	2.987.488	5	3.191.079	5	6.001.848	50	5.867.778	49	6.019.559	50	8.986.714	13	8.855.266	13	9.210.638	13
17 Sonstige alte Gemeindeabgaben 4)	-271.210	0	-185.197	0	-308.014	-1	-15.196	0	-43.477	0	-88.065	-1	-286.406	0	-228.674	0	-396.080	-1
18 Interessentenbeiträge n. VerkAufschl/AbgG	23.670.594	40	25.347.231	43	23.287.869	39	4.565.081	38	3.727.222	31	4.915.679	41	28.235.675	40	29.074.453	41	28.203.548	40
19 Summe Eigene Steuern	248.210.780	424	257.756.967	439	265.495.184	450	80.210.087	674	80.821.447	674	87.099.301	728	328.420.867	466	338.578.413	479	352.594.485	497
20 Abgabenertragsanteile 5)	426.633.825	728	444.929.194	757	463.099.220	785	135.166.952	1.136	142.069.160	1.185	148.101.936	1.238	561.800.777	797	586.998.353	830	611.201.156	862
21 Spielbankabgabe 6)	1.173.611	2	1.272.116	2	1.107.375	2	1.107.375	9	1.001.365	8	934.252	8	2.273.481	3	1.987.951	3	1.987.951	3
22 Getränkesteuerausgleich	50.549.333	86	52.311.608	89	53.940.350	91	8.241.130	69	9.140.155	76	9.430.108	79	58.790.464	83	61.451.763	87	63.370.458	89
23 Summe Abgabenertragsanteile	478.356.769	816	498.512.918	848	518.093.269	879	144.515.457	1.214	152.210.679	1.270	158.466.296	1.325	622.872.226	884	650.723.597	920	676.559.565	954
24 Weitere Einnahmen:																		
25 Benützungsgebühren nach dem FAG 7)	144.939.677	247	152.250.203	259	155.730.982	264	17.646.757	148	17.842.537	149	18.362.784	154	162.586.434	231	170.092.740	240	174.093.766	245
26 Bedarfzuweisung 8)	72.249.316	123	76.086.363	129	76.660.887	130	9.000.000	76	9.000.000	75	9.000.000	75	81.249.316	115	85.086.363	120	85.660.887	121
27 Summe Zeilen 19, 23 und 25 bis 26	943.756.542	1.611	984.606.451	1.675	1.015.980.322	1.723	251.372.301	2.112	259.874.663	2.168	272.928.381	2.282	1.195.128.843	1.695	1.244.481.113	1.759	1.288.908.703	1.817
Verpflichtungen zum 31.12.:																		
28 Darlehensaufnahmen	52.986.477	90	76.343.989	130	92.044.782	156	0	0	0	0	0	0	52.986.477	75	76.343.989	108	92.044.782	130
29 Schuldzinsen	14.479.670	25	13.071.552	22	9.851.548	17	222.175	2	213.867	2	210.977	2	14.701.845	21	13.285.418	19	10.062.524	14
30 laufende Schuldentilgung	60.892.022	104	62.138.588	106	66.110.410	112	563.163	5	787.801	7	220.888	2	61.455.184	87	62.926.388	89	66.331.298	94
31 Schuldenstand zum 31.12.	769.437.804	1.313	758.824.508	1.291	766.198.519	1.299	14.292.731	120	13.504.931	113	13.284.043	111	783.730.536	1.112	772.329.439	1.092	779.482.562	1.099
32 Stand an Haftungen zum 31.12.	375.366.586	641	493.341.592	839	582.614.513	988	214.110.340	1.799	177.643.607	1.482	161.975.663	1.354	589.476.926	836	670.985.199	948	744.590.176	1.050
33 Stand an Leasingverpflichtungen 31.12.	86.287.981	147	78.791.310	134	83.876.050	142	0	0	0	0	0	0	86.287.981	122	78.791.310	111	83.876.050	118
Vermögen zum 31.12.:																		
34 Zuführungen an Rücklagen	38.418.686	66	33.944.841	58	45.036.329	76	1.796.039	15	478.574	4	4.627.774	39	40.214.725	57	34.423.415	49	49.664.103	70
35 Stand an Rücklagen	110.788.723	189	116.419.333	198	120.368.048	204	19.430.439	163	19.909.013	166	24.455.685	204	130.219.162	185	136.328.346	193	144.823.733	204
36 Stand an Darlehensforderungen	7.463.164	13	9.211.600	16	11.028.582	19	10.872.689	91	9.754.759	81	9.497.800	79	18.335.854	26	18.966.359	27	20.526.382	29
37 Stand an Beteiligungen	162.428.783	277	169.224.307	288	183.054.250	310	24.177.592	203	24.773.509	207	24.787.409	207	186.606.375	265	193.997.816	274	207.841.659	293
38 Stand an Wertpapieren	20.103.058	34	16.963.946	29	8.835.866	15	0	0	0	0	32.988.697	276	20.103.058	29	16.963.946	24	41.824.563	59
39 Zuführung an a.o. Haushalt	29.885.001	51	31.879.843	54	36.897.898	63	11.347.008	95	13.277.248	111	12.880.277	108	41.232.009	58	45.157.090	64	49.778.175	70
40 Zahl der Beamten 9)	291		282		263		228		208		192		519		490		455	
41 Zahl der sonstigen ständig Bediensteten	6.060		6.203		6.398		1.188		1.288		1.274		7.248		7.491		7.672	
42 Summe ständig Bedienstete (VBÄ) 10)	6.351		6.485		6.661		1.416		1.496		1.466		7.767		7.981		8.127	

Anmerkung: 1) Um Abschlussbuchungen (Posten 96*) bereinigte Werte; 2) Ohne Pensionen und sonstige Ruhebezüge; 3) Sonstige Gemeindeabgaben: Parkabgaben, Kommissionsgebühren, Nebenansprüche, Sonstige Abgaben etc.;

4) Sonstige alte Gemeindeabg.: Gewerbesteuer, Getränkesteuer, Ankundigungsabg., Minusbeträge resultieren aus Rückerstattungen (i.w. Getränkesteuer); 5) inkl. Bedarfsausgleich, Werbeabgabe und Werbesteuer-Ausgl., Ausgl.Voranteil und Ausgl.Selbstträgerschaft;

6) Spielbankabgabe Innsbruck, Seefeld und Kitzbühel; 7) Benützungsgebühren nach § 15 Abs. 3 Z. 4 FAG (Kanal, Wasser etc.); 8) BDZW an Gemeinden und Gemeindeverbände ohne Schul- und Kindergartenbauförderung; lt. Aufzeichnung der Abt. Gemeinden;

9) inkl. Sprengelärzte; 10) Vollbeschäftigungsäquivalente; ohne Saisonbeschäftigte

35.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden August 2014

Ertragsanteile an	August		Änderung	
	2013	2014	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	-528.999	-579.598	-50.599	9,57
Lohnsteuer	19.902.104	20.347.074	444.970	2,24
Kapitalertragsteuer	1.659.105	2.563.650	904.545	54,52
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	357.657	551.650	193.994	54,24
Körperschaftsteuer	-428.889	-1.214.010	-785.121	183,06
Abgeltungssteuern Schweiz	0	6.496	6.496	100,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	4.695	604	-4.092	-87,14
Stiftungseingangssteuer	10.519	27.717	17.197	163,48
Bodenwertabgabe	23.792	7.592	-16.200	-68,09
Stabilitätsabgabe	19.278	1	-19.277	-100,00
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	21.019.262	21.711.176	691.913	3,29
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	19.411.167	20.925.362	1.514.195	7,80
Abgabe von alkoholischen Getränken	22	32	10	46,54
Tabaksteuer	1.422.377	2.056.356	633.979	44,57
Biersteuer	77.314	165.220	87.905	113,70
Mineralölsteuer	3.404.948	3.438.357	33.410	0,98
Alkoholsteuer	89.862	31.569	-58.293	-64,87
Schaumweinsteuer	1.101	2.607	1.506	136,75
Kapitalverkehrsteuern	92.139	40.486	-51.653	-56,06
Werbeabgabe	363.701	270.080	-93.621	-25,74
Energieabgabe	751.993	832.180	80.187	10,66
Normverbrauchsabgabe	458.174	430.687	-27.487	-6,00
Flugabgabe	72.170	79.788	7.617	10,55
Grunderwerbsteuer	7.114.096	7.126.663	12.567	0,18
Versicherungssteuer	876.944	924.131	47.187	5,38
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.549.187	1.949.284	400.097	25,83
KFZ-Steuer	1.611	4.593	2.981	185,03
Konzessionsabgabe	138.663	181.950	43.287	31,22
rechnungsmäßig Ertragsanteile	35.825.470	38.459.344	2.633.874	7,35
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
Summe sonstige Steuern	34.946.387	37.580.261	2.633.874	7,54
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe Ertragsanteile der Gemeinden	55.965.649	59.291.437	3.325.788	5,94
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	5.171.536	5.572.619	401.082	7,76
Werbesteuerausgleich	58.418	43.306	-15.112	-25,87
Werbeabgabe nach der Volkszahl	305.283	226.774	-78.509	-25,72
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00

36.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis August 2014

Ertragsanteile an	Jänner - August		Änderung	
	2013	2014	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	15.052.958	19.540.000	4.487.042	29,81
Lohnsteuer	152.611.090	161.260.967	8.649.877	5,67
Kapitalertragsteuer	8.563.824	10.580.169	2.016.345	23,54
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	4.391.944	4.562.428	170.485	3,88
Körperschaftsteuer	32.868.732	36.189.050	3.320.318	10,10
Abgeltungssteuern Schweiz	0	694.425	694.425	100,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	85.656	95.704	10.048	11,73
Stiftungseingangssteuer	60.514	64.020	3.506	5,79
Bodenwertabgabe	481.190	450.402	-30.788	-6,40
Stabilitätsabgabe	2.779.042	2.694.357	-84.685	-3,05
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	216.894.949	236.131.522	19.236.573	8,87
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	156.416.940	161.119.281	4.702.341	3,01
Abgabe von alkoholischen Getränken	183	191	9	4,74
Tabaksteuer	10.394.236	10.504.636	110.400	1,06
Biersteuer	1.171.942	1.084.843	-87.099	-7,43
Mineralölsteuer	26.520.856	24.557.192	-1.963.664	-7,40
Alkoholsteuer	859.704	1.417.528	557.824	64,89
Schaumweinsteuer	7.821	11.378	3.557	45,47
Kapitalverkehrssteuern	363.126	642.902	279.776	77,05
Werbeabgabe	2.722.838	2.682.015	-40.823	-1,50
Energieabgabe	6.172.058	6.214.389	42.331	0,69
Normverbrauchsabgabe	2.923.742	2.909.579	-14.163	-0,48
Flugabgabe	623.658	600.460	-23.198	-3,72
Grunderwerbsteuer	55.211.922	57.513.474	2.301.553	4,17
Versicherungssteuer	6.996.312	7.223.851	227.539	3,25
Motorbezogene Versicherungssteuer	10.081.678	11.438.237	1.356.559	13,46
KFZ-Steuer	233.490	279.078	45.587	19,52
Konzessionsabgabe	1.493.309	1.469.078	-24.231	-1,62
rechnungsmäßig Ertragsanteile	282.193.815	289.668.112	7.474.297	2,65
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	7.032.667	7.032.667	0	0,00
Summe sonstige Steuern	275.161.148	282.635.445	7.474.297	2,72
Kunstförderungsbeitrag	83.801	84.708	907	1,08
Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung	491.905.302	518.617.066	26.711.764	5,43
Zwischenabrechnung (**))	6.143.123	1.148.232	-4.994.891	-81,31
Ertragsanteile gesamt	498.048.425	519.765.298	21.716.873	4,36
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	42.091.388	43.252.589	1.161.201	2,76
Getränkesteuerausgleich (**))	634.876	118.400	-516.476	-81,35
Summe Getränkesteuerausgleich	42.726.264	43.370.989	644.725	1,51
Werbesteuerausgleich	437.193	430.047	-7.146	-1,63
Werbeabgabe nach der Volkszahl	2.285.645	2.251.968	-33.677	-1,47
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	2.006.680	2.006.680	0	0,00

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR JUNI 2014

(vorläufiges Ergebnis)

	Mai 2014 (endgültig)	Juni 2014 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	110,0	110,1
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	120,5	120,6
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	133,2	133,3
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	140,1	140,3
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	183,3	183,4
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	284,9	285,2
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	500,0	500,4
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	637,0	637,6
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	639,1	639,7

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Durchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat Juni 2014 beträgt 110,1 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Mai 2014 um 0,1% gestiegen (Mai 2014 gegenüber April 2014: + 0,3%). Gegenüber Juni 2013 ergibt sich eine Steigerung um 1,9% (Mai 2014/2013: +1,8%).

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck